Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Montag „Zeitgeist", Mittwoch „Technische Rundschau", Donnerstag und Sonntag „Der Welt-Spiegel", Freitag illustriertes Witzblatt „ULK", Sonnabend „Haus Hof Garten"; täglich „Sportblatt", „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und des Donaubeckens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Exp. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 6 M. exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschl.; f. Groß-Berlin monatl. 2,25 M., viertelj. 6,75 M. frei ins Haus. Unter Kreuzband monatl.; für Deutschland u. Oesterr.-Ungarn 6 M., fürs Ausland 10 M., bei tägl. einmaliger Zustellung 5 M. In Groß-Berlin abonniert man bei d. Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46-49 (Fernspr. Amt Jtz. Nr. 10131-10142 für den Fernverkehr Nr. 14207-14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 1 Mark (General-Anzeiger 80 Pf., Wohnungs-Anzeiger 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, und deren Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 38; Zimmerstr. 60; Königstr. 56-57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 164; Moritzplatz; Kaiserallee Str. 5; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankfurter Str. 31; Frankfurter Allee 320; Blücherstr. 60; Pfitzner Str. 1-6; Greifswalder Str. 107; Fennstr. 1; Badstr. 35; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Nürnberger Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Grunewald: Hohenzollernplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241, Lichtenberg-Weiß: Gürtelstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Pankow: Breitestr. 1; Schmargendorf: Breite Str. 29; Schöneberg: Hauptstr. 21/24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 147; Köllnerdorf: Uhlandstr. 88/89. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Steinstr. 1; Frankfurt a. d. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 124
45. Jahrgang

Mittwoch
8. März 1916

Die Schwierigkeiten des Ministeriums Salandra.

Wien, 7. März. (W. T. B.)

Amtlich wird verlautbart, 7. März:

Russischer Kriegsschauplatz.

Bei Karpilowka warfen Abteilungen der Armee des Generalobersten Erzherzog Joseph Ferdinand den Feind aus einer Verschanzung und setzten sich darin fest.

Nordwestlich von Tarnapol vertrieb ein österreichisch-ungarisches Streifkommando die Russen aus einem 1000 Meter langen Graben. Die feindliche Stellung wurde zugeschüttet. Sowohl in dieser Gegend als auch am Dnjestr und an der bessarabischen Grenze war gestern die Gefechtstätigkeit beiderseits reger.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lage unverändert. Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Die Eroberung des Dorfes Forges bei Verdun.

Französischer Bericht.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Genf, 7. März.

Zu den gestrigen Kämpfen bei Verdun verbreitet die Agence Havas folgende Note: Die Lage, die seit einigen Tage im Gebiet von Verdun unverändert blieb, veränderte sich am Montag. Die Aktion gewann an Ausdehnung. Der Kampf, der seit dem 2. März im Gebiet von Douaumont und Haudrecourt auf dem rechten Ufer der Maas lokalisiert war, verbreitete sich heute auf das linke Ufer. Zwischen Béth incourt und dem Flusse gelang es den Deutschen nach heftigem Bombardement, in das einen Vorsprung unserer Linie bildende Dorf Forges einzudringen. Sie konnten jedoch nicht aus dem Dorf hervordringen, sondern wurden trotz wiederholter Versuche durch unser Sperrfeuer zurückgewiesen. Das gewonnene Gelände beläuft sich auf 100 bis 150 Meter höchstens. Dieser Fortschritt gewährt den Deutschen keinen entscheidenden Vorteil, denn wir behaupten die beherrschende Stellung bei Côte de Poie. Er beweist nur den lebhaften Wunsch des Feindes, den hinderlichen Vorsprung, den die Maas nördlich Verdun bildet, zu beseitigen. Aber auch hier wird die Hoffnung der Deutschen enttäuscht werden. Die lokale Aktion in der Champagne blieb trotz der angewandten Mittel: Minenexplosionen, Schleudern brennender Flüssigkeiten, ohne Ergebnis und ohne anderen Zusammenhang mit der Aktion bei Verdun, als daß sie die Franzosen auf der ganzen Front in Atem halten und sie im Heranziehen ihrer Reserven stören sollte. Die Einnahme des Dorfes Forges ist deshalb ohne Einfluß auf das Endergebnis der Schlacht von Verdun, deren Verlauf mit Vertrauen abzuwarten ist."

Pariser Blättern wird gemeldet, daß der Bürgermeister von Verdun, Regnaud, verschwunden ist. Regnaud hatte sich während des Bombardements der Stadt mit noch etwa 800 Personen, die seither nach Bar-le-Duc gebracht wurden, in die Galerien der Zitadelle geflüchtet. Diese Zitadelle von Verdun bildet geradezu eine aus zahlreichen, in den Felsen gehauenen Galerien bestehende Stadt. Die Mauern dieser Galerien messen 12 bis 18 Meter, an gewissen Stellen 25 Meter. Uebrigens soll die Stadt Verdun entgegen gewissen Gerüchten nicht vollständig zerstört sein. In den Spitälern von Château-Rouy wurden nach einer Meldung des „Petit Journal" zahlreiche französische Schwerverwundete eingeliefert, die fast alle aus den Kämpfen bei Douaumont kommen. Sie erklären einer wahren Hölle entronnen zu sein.

Die Stimmung im Kongreß gegen Wilson.

Washington, 7. März. (W. T. B.)

Die Entwicklung der in Kongreßkreisen herrschenden Verwirrung über die Frage der bewaffneten Schiffe konzentrierte sich heute auf die Schritte Bryans. Das Mitglied des Repräsentantenhauses Pailey gab ein Frühstück zu Ehren Bryans, zu dem ungefähr 20 Mitglieder des Kongresses eingeladen waren, von denen die meisten entschiedene Befürworter der Warnungsresolution sind. Die Geschäftsordnungskommission des Repräsentantenhauses war übereingekommen, am Dienstag eine anderthalbstündige Debatte darüber zuzulassen, ob ein Antrag angenommen werden soll, der die allgemeine Debatte über den Antrag Maclemore auf vier Stunden auszudehnen erlaubt. (Ueber das Wesen dieses Antrages liegt bisher keine Meldung vor. Die Red.) Wenn das Haus diesen Antrag annimmt, soll eine zweite Abstimmung am Schluß der Debatte über den Antrag vorgenommen werden, die Resolution Maclemore auf den Tisch des Hauses zu legen. Es wird erklärt, daß die Republikaner gegen jeden Geschäftsordnungsantrag stimmen werden, wie sie es gegen alle Schritte tun, die darauf hinauslaufen, die freie Aussprache zu hindern. Der Führer der Republikaner Mann kündigte im Hause an, er sei überhaupt dagegen, die Angelegenheit im Repräsentantenhause zur Sprache zu bringen. Das Haus sollte ihm lauten Beifall, als er die Amerikaner angriff, die etwa das Land durch Reisen auf bewaffneten Schiffen in einen Krieg verwickeln würden. Der Redner sagte: „Ich hoffe unsere Bürger werden niemals auf die Probe gestellt werden, ob sie zu kämpfen haben, weil irgendein Narr uns in Verwicklungen bringt, indem er gegen Bezahlung auf ein bewaffnetes Schiff geht unter der Gefahr, erschossen zu werden."

In der letzten Senatssitzung besprach Macumber von neuem seine Resolution und sagte: „Gerade weil das Land immer bereit ist, die Rechte seiner Bürger zu verteidigen, wünscht es keine Bürger, die uns in unbesonnener Weise in einen Krieg stürzen. Nie hat ein Amerikaner die Versenkung eines ungewarnten wehrlosen Schiffes entschuldigt. Aber jetzt hat sich die Kontroverse darauf beschränkt, ob es bewaffneten Handelsschiffen oder Unterseebooten gestattet werden soll, den ersten Schuß abzugeben. Ueberlassen wir das dem Präsidenten zur Lösung, und während der Zeit, wo verhandelt wird, erfordert der wahre amerikanische Patriotismus, daß kein Amerikaner durch irgendeine unbesonnene Tat eine friedliche Lösung gefährdet oder voreilig eine Krise heraufbeschwört."

Washington, 7. März. (W. T. B.)

Die Beilagen zur deutschen Denkschrift betreffend den Unterseebootkrieg sind gestern beim Staatsdepartement eingegangen.

Der Sturm gegen Salandra.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Lugano, 7. März.

Ganz Montecitorio ist über Salandras Drohung in Erregung. Der „Messaggero" sucht Salandra darzutun, daß diese Kammer in ihrer ungeheuren Mehrheit dem Ministerium und seiner Kriegspolitik blind ergeben sei. Warum also diese Kammer wegen Obstruktion einer kleinen Gruppe nach Hause schicken? Während sogar die Duma in Anwesenheit des Zaren ihre Sitzungen eröffne und sich ersprießlicher Arbeit widme, dürfe die italienische Kammer nicht wegen schlechter Aufführung der Sozialisten bestraft werden. Sehr ärgerlich äußern sich verschiedene Häupter der Kriegspartei. Raimondo vergleicht Salandra mit einem Schulmeister, der die ganze Schule schließen will, weil einige Schüler den Unterricht stören. Der regierungsfreundliche Republikaner Altobelli erklärt, von diesem Ministerium könne man sich auf alles gefaßt machen. Mittlerweile erfährt die „Stampa", daß die Regierung für die von den Sozialisten verlangte Debatte der Wirtschaftsfragen eine einzige Sitzung bewilligen werde, was als Sicherheitsventil gegen weitere Obstruktion der Sozialisten diene. Eine Debatte über die äußere Politik scheine jedoch erst nach der Rückkehr der Minister aus Paris stattzufinden, weil die Vertreter Italiens auch bei der Pariser Konferenz absolut freie Hand haben müßten.

In der gestrigen Kammersitzung griff noch der Sozialist Treves die Regierung an, welche die Kriegsgefangenen wie Sklaven behandle und ihre Arbeitskraft ausnütze, um die Löhne der freien Arbeiter zu drücken. Der Unterstaatssekretär des Innern Celesia lehnte die Rüge ab und erklärte, kein kriegführender Staat behandle die Kriegsgefangenen humaner und besser als Italien. Ebenso sei jede Konkurrenz Kriegsgefangener mit der freien Arbeiterschaft ausgeschlossen.

Bern, 7. März.

Wie die Agenzia Stefani meldet, ist der König heute früh in Rom eingetroffen. Wie „La Sera" meldet, hatte der König heute nachmittag in der Villa Savoia eine Besprechung mit Salandra, Sonnino und dem Kriegsminister Zupelli. Das „Giornale d'Italia" schreibt, daß entgegen den heute umlaufenden Gerüchten kein Ministerrat stattgefunden habe. Salandra habe nur mit einigen Ministern die Lage besprochen.

Die Erhöhung der Postgebühren.

Steuern sind durchweg von erfreulich das Gegenteil. Weitaus am unerfreulichsten aber ist die Vorlage, die das Schatzamt im Rahmen der Kriegssteuern zuletzt herausgebracht hat. Die Kriegsgewinnsteuer ist eine direkte Abgabe vom Ertrag abgeschlossener Geschäfte, die Quittungssteuer ist ein direkter Zuschlag zu Leistungen, zu denen man verpflichtet ist. Die Tabaksteuer trifft nicht Leistungen, zu denen man verpflichtet wäre, sondern einen Genuß, den man sich, sobald er zu teuer wird, versagen kann. Die Reichsabgabe im Postverkehr aber trifft in der Hauptsache nicht das bereits erledigte Geschäft, nicht die Zahlung, die man als Entgelt für bestimmte Gegenleistungen zu machen hat, auch nicht Ausgaben, die man nach Belieben machen oder unterlassen kann; sie trifft das werdende Geschäft, verteuert Unkosten, deren Ertrag noch unbekannt und ungewiß ist, greift dem gesamten Wirtschaftsleben nicht an die Frucht, sondern an die Wurzel. Das ist der grundsätzliche Unterschied zwischen dieser Steuer, und den andern, der bei der Kritik unmöglich übersehen werden kann, so sehr auch sonst der dringliche Bedarf als Milderungsgrund ins Gewicht fallen mag.

Der Verkehr, den die Post vermittelt, der Austausch von Nachrichten und Gedanken durch Brief, Telegramm oder Ferngespräch, ist sich nicht Selbstzweck, wie es das Tabakrauchen ist. Er ist, als Einrichtung des öffentlichen Lebens, Mittel zum Zweck. Er ist das unentbehrliche Mittel, die wirtschaftliche Tätigkeit in Fluß zu halten, zu beleben, zum denkbar höchsten Ertrage zu steigern. Neben dieser Bedeutung des Postverkehrs tritt der — man kann ruhig sagen — unwirtschaftliche Nachrichten- und Gedankenaustausch sehr in den Hintergrund. Das oft sinnlos-wütige Verschreiben von Ansichtskarten, die mißbräuchliche Ausnutzung des Fernsprechers zu Herzensergüssen von endloser Dauer könnten im Gottes Namen verteuert werden, darüber braucht sich niemand zu erhitzen. Im Gegenteil, hier könnte eine Beschränkung durch Verteuerung nur erzieherisch wirken. Leider aber ist der Gedanken- und Nachrichtenaustausch zu Vergnügungszwecken nicht zu trennen von dem zu Wirtschaftszwecken, und dieser hätte in schwierigeren Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, wie sie mit Schluß des Krieges keineswegs aufhören werden, eher Anspruch auf Erleichterung als auf Verteuerung. Weniger noch im Interesse des einzelnen, als im Interesse einer Ertragssteigerung der gesamten Volkswirtschaft. Aus der ganzen Begründung, die dem Entwurfe beigegeben ist, verdient daher kein Satz so rückhaltlose Zustimmung, wie der, worin es heißt: „Gebührenzuschläge bieten auch den Vorteil, daß sie, sobald sich nach dem Kriege die Einnahmen des Reiches durchgreifend bessern, zum Teil oder ganz aufgehoben werden können, ohne daß die Gebühren selbst neu festgesetzt werden müssen." Immerhin ist das ein äußerst schwacher Trost, da nicht daran zu zweifeln ist, daß sich die Einnahmen vorerst keineswegs in dem Maße steigern werden wie das Einnahmebedürfnis.

Jeder Erwerbstätige wird nach dem Kriege mehr zu arbeiten haben als vorher. Jeder wird darauf bedacht sein müssen, den Ertrag seiner Arbeit zu steigern. Das unentbehrlichste Handwerkzeug dazu sind für den Geschäftsmann die Mittel, die ihm Post- und Telegraphenverwaltung zur Verfügung stellen. Hier schon mit Zuschlägen und Abgaben einzusetzen, ist wirtschaftlich nichts weniger als unbedenklich. Keine der Steuervorlagen wird daher vom Reichstage mit so kritischen Blicken anzusehen sein, wie diese, und wenn sich verschiedene Wege bieten, die notwendigen Millionen aufzubringen, so wäre vermutlich jeder andere Weg vorzuziehen. Die Leichtigkeit, wie hier 200 Millionen sozusagen aus dem nichts hervorgezaubert werden sollen, darf den Reichstag nicht bestechen. Es ist nicht unsere Sache, Ersatzvorschläge zu machen. Wohl aber ist es Sache der Volksvertreter, das empfindliche Gewächs unserer Volkswirtschaft vor Wurzelkrankheiten zu bewahren, die schwerer wieder zu beseitigen sein würden, als sie eingeschleppt worden sind. Neben diesen Bedenken grundsätzlicher Natur sollen Bedenken im einzelnen nicht etwa als nicht mehr ins Gewicht fallend behandelt werden. Geradezu peinlich z. B. muß es wirken, wenn die Vorlage, statt Ungerechtigkeiten zu beseitigen, sie noch vermehrt. Nicht genug, daß die Post sich fremdes Eigentum einfach aneignet, indem sie überflüssig aufgeklebte Marken stets mitabstempelt, bereichert sie sich auch noch am Versehen oder an der Unkenntnis ihrer Auftraggeber. Mit welcher Berechtigung erhebt die Post eigentlich bei einem ungenügend frankierten Brief mehr als das fehlende Porto? Mit welchem Rechte verhängt sie über den, der vielleicht nicht wußte, wie hoch der Betrag für die Beförderung sei, oder der in der Eile vergaß, die Marke aufzukleben, eine Strafe? Dies Strafporto ist doch ein Ueberbleibsel